

Stadtvertrag Klimaschutz

Eine Aktion der grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus soll Schwung in die Stadt und in den Klimaschutz bringen...

Seite 2

Campus Rütli

Eine Chance für Neuköllner Kinder und Jugendliche - über ein neues Projekt berichtet Neuköllns Jugendstadträtin.

Seite 3

Grundeinkommen

Bedingungslos oder bedarfsorientiert - pro und contra. Eine grüne Diskussion zur Zukunft der Sozialsysteme.

Seite 5

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 163, November 2007

Unser Böhmisches Dorf soll schöner werden

Der Raum in der Richardgrundschule ist am 25. Oktober 2007 bis auf den letzten Platz gefüllt – das Thema interessiert. Die Atmosphäre bei der Veranstaltung zur Umgestaltung des Böhmisches Dorfes, zu der die Zählgemeinschaften von SPD, den Grünen und der Linken für diesen Oktoberabend eingeladen haben, ist ruhig und freundlich. Es geht um den Auftakt zu einem Dialog- und Planungsprozess, an dessen Ende bauliche Maßnahmen zur Umgestaltung des Richardplatzes und des Böhmisches Dorfes stehen sollen.

So werden an diesem Abend vor allem Statements abgegeben; zu heftigen Diskussionen kommt es nicht, auch weil sich die Politiker deutlich zurückhalten. Von den meisten Anwesenden wird der Umbau grundsätzlich begrüßt, dabei aber viel Gesprächsbedarf im Einzelnen angemeldet. Die Eigentümer wollen wissen, ob Belastungen durch das Straßenausbaubeitragsgesetz auf sie zukommen. Dieses Berliner Gesetz verpflichtet sie, einen

Was ist geplant?

In der Zählgemeinschaftvereinbarung mit SPD und Die Linke haben wir Bündnisgrünen uns nach den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung im letzten Jahr die Aufwertung des Richardplatzes und seiner Umgebung sowie dessen Schließung für den Autoverkehr vorgenommen. Dabei geht es nicht darum, ein Viertel komplett autofrei zu machen, sehr wohl aber um eine deutliche Verkehrsberuhigung. Anders



Reges Interesse zum Auftakt der Diskussion
Foto: Jochen Biedermann

der Verkehr nicht einfach in andere Seitenstraßen im Quartier verlagert. Auch die Verbindung zum Karl-Marx-Platz wird Gegenstand von Untersuchungen sein.

Wie geht es weiter?

Die ersten Mittel für die Umgestaltung des Böhmisches Dorfes stehen 2009 bereit. Insgesamt sind dafür 1,5 Millionen Euro vorgesehen, die eine Hälfte davon in den Jahren 2009 – 2011, die andere ab 2012.

Das kommende Jahr wollen wir dafür nutzen, gemeinsam mit AnwohnerInnen, EigentümerInnen und Gewerbetreibenden Lösungen zu entwickeln und zu diskutieren. Moderiert werden soll dieser Prozess von Henning Vierck, Leiter des Comeniusgartens und Vorsitzender des Quartiersbeirats Richardplatz Süd. Er soll als direkter Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen und den Kontakt zum Bezirksamt Neukölln herstellen. Der tschechische Stadtplaner Jan Polivka, der bereits Untersuchungen zum Böhmisches Dorf durchgeführt hat, wird mit seinen Studenten Vorschläge erarbeiten. Aus unserer Sicht wäre auch eine enge Verbindung und Abstimmung mit dem Quartiersmanagement sehr wünschenswert.

Neben der Fortführung dieses Prozesses auch im Rahmen weiterer Anwohnerversammlungen wollen wir im kommenden Jahr versuchen, gezielt mit allen BewohnerInnen des Quartiers ins Gespräch zu kommen. Dazu gehören auch Migrantinnen und Migranten, die in der Regel nur selten zu solchen öffentlichen Versammlungen kommen. Sie muss man direkter ansprechen, zum Beispiel über persönliche Kontakte und Multiplikatoren. Wir stellen uns u.a. eine Reihe kleinerer Veranstaltungen vor, für die wir im Kiez ansässige Vereine ansprechen wollen. Um am Ende nächsten Jahres sagen zu können: Wir haben viele gute Ideen, Anregungen und Wünsche der Anwohnerinnen und Anwohner zu einem möglichst breiten Konsens zusammengetragen.

Bernd Szczepanski
und Jochen Biedermann

Neuköllns schöne Seiten

Die Gartenarbeitsschule

Wie Natur in die Schulen kommt...



Heutige Gartenarbeitsschulen haben ihren Ursprung in den „frühen“ Schulgärten. Den ersten gab es 1749 in Berlin, als Garten einer mathematisch-ökonomischen Realschule. Das Prinzip war: Naturkunde nicht nur lehren, sondern auch praktizieren, Schule also mit Arbeitswelt verbinden. Im Zuge reformpädagogischer Bestrebungen am Anfang des 20. Jahrhunderts prägte August Heyn sein pädagogisches Konzept in seinem Neuköllner Schulgarten. Er erfand auch den Begriff „Gartenarbeitsschule“. Die Stadt Neukölln beschloss 1919, an sechs Neuköllner Grundschulen solche Gartenarbeitsschulen einzurichten. August Heyn wurde mit der Leitung der „Gartenarbeitsschule am Teltowkanal“ betraut. Hier konnte er nun sein pädagogisches Konzept umsetzen: Lernen unter Einsatz aller Sinne, Erziehung in und für die Gemeinschaft, statt „Buchschiele“ Arbeits- und Lebensschule... Aber erst die Ökologiebewegung der späten 70er und 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sollte dem ökologischen und freilandsbiologischen Unterricht nach und nach, aber nachhaltig Geltung verschaffen: In der August-Heyn-Gartenarbeitsschule! Sie war schon in den 1950er Jahren auf einem Ackergelände des ehemaligen Rittergutes Britz errichtet worden. Seit dem gibt es hier einen kleinen Wald, einen Stein- und Gewürzgarten, ein wahres Naturparadies mit fast allen heimischen Bäumen und Sträuchern.

Die August-Heyn-Gartenarbeitsschule über sich selbst: „Hier lebt der reformpädagogische Arbeitsschulgedanke August Heyns wieder auf. Neuköllner Kinder und Jugendliche erleben handelnd die Natur und lernen den verantwortungsvollen Umgang mit ihr.“ Seit 10 Jahren existiert der „Förderverein der August-Heyn-Gartenarbeitsschule e.V.“, von Besuchern und Mitarbeitern gegründet mit dem Ziel, die umweltpädagogische Arbeit dieser Einrichtung zu unterstützen. Dazu gehören Aktivitäten zum Erhalt und Ausbau und zur Gestaltung und Pflege des Geländes der Gartenarbeitsschule, ferner die Bereitstellung von Lehrmaterial und Öffentlichkeitsarbeit. So organisiert der Förderverein jedes Jahr einen „Tag der offenen Tür“.



Frau Kuschnierow bedankt sich beim Vereinsvorstand Bertil Wewer für tätige Hilfe...

Aus diesem Anlass wurde am 8. September die Arbeit des Vereins vom Bezirksamt und besonders von der Leiterin der August-Heyn-Gartenarbeitsschule, Frau Auguste Kuschnierow, gewürdigt. Gartenarbeitsschule und Förderverein, ein durch und durch grünes Projekt, und eine schöne Seite Neuköllns.

jüb



Das schöne Herbstlaub kann nicht über die Tristesse am Richardplatz hinwegtäuschen.

Foto: Jochen Biedermann

Teil der Sanierungskosten zu tragen. Einige Anwohner befürchten steigende Mieten und eine höhere Lärmbelastung durch Erweiterung der Gastronomieangebote. Mehrere sprechen sich für asphaltierte Radwege aus und wünschen sich Schwellen auf der Straße als günstiges und wirkungsvolles Mittel gegen schnelles Fahren. Andere äußern die Hoffnung auf mehr Kinderfreundlichkeit im Kiez. Auch die Interessen der Gewerbetreibenden sind zu berücksichtigen, die sicherstellen wollen, auch weiterhin für ihre Kunden gut erreichbar zu sein.

als die gegenwärtige, kaum beachtete Geschwindigkeitsbegrenzung auf 10 km/h am Richardplatz geht es uns bei den Umbauten darum, den Platz und seine Umgebung gerade für Fußgänger und Kinder attraktiver zu machen. Dabei soll verhindert werden, dass die Richardstraße zu einer Rennstrecke wird. Gegenwärtig angedacht ist außerdem, den südlichen Karl-Marx-Platz sowie die drei auf den Richardplatz führenden Straßen - Schudoma-, Zwiestädter- und Hertzbergstraße - vor dem Platz zu Sackgassen zu machen. Wichtig ist uns dabei aber, dass sich

Ristorante - Pizzeria
hausgemachte Nudeln
selbst importierte Weine
Steinofenpizza
Fischspezialitäten
Erkstr. 10 - 12043 Berlin
Tel.: 030 / 68 08 79 46



Berlins großer Bio Discount

Bio-Markenprodukte
Abholmarkt
Dauermiedrigpreise
Fachberatung
Ideal für den großen Bedarf



BIG BIO DISCOUNT
natürlich intelligent einkaufen



Bergiusstr. 36 (Autobahn 100, Abfahrt Grenzallee) - 12057 Berlin
Mo-Fr 13-19 u. Sa 9-14 Uhr - Telefon 030/68 05 66 61 - www.big-bio.net

Michael Cramer, Mitglied des Europa-Parlaments:

Bericht aus Brüssel



Grüne fordern Massnahmen der Städte für saubere Luft

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, Anwohner einen Rechtsanspruch auf Schutz gegen gesundheitsschädlichen Feinstaub zu gewähren, war längst überfällig. Wir begrüßen das Leipziger Urteil, weil es die Städte und Gemeinden endlich in die Verantwortung nimmt. Feinstaub belastet die Gesundheit der Anwohner in den Städten tagtäglich. 310.000 Menschen sterben laut EU-Kommission jedes Jahr in der EU an den Folgen von Luftverschmutzung, in Deutschland sind es 65.000. Doch statt Maßnahmen für eine bessere Luft zu ergreifen, haben viele Kommunen die Hände in den Schoß gelegt.

Luftreinhaltepläne wurden gar nicht oder viel zu spät aufgestellt, um die seit dem 1. Januar 2005 geltenden EU-Grenzwerte einzuhalten. Diese Richtlinie wurde im Einvernehmen der EU-Kommission mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament bereits 1999 beschlossen.

Die Leipziger Richter haben jetzt bestätigt, dass die Städte keineswegs von der „plötzlichen und unerwarteten“ Feinstaubrichtlinie der EU überrascht wurden. Die Gefahr unzulässiger, hoher Feinstaubwerte war seit Jahren bekannt. Trotzdem wurde bis zum Inkrafttreten der Richtlinie nichts unternommen. Die Städte sind nun einmal mehr gefordert, den Gesundheitsschutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner ernst zu nehmen. Es ist überfällig, dass auch die Verkehrspolitik hierzu ihren Beitrag leistet. Dazu können kurzfristig Straßensperrungen gehören. Mittelfristig wird eine Verbesserung der Luft in unseren Städten nur gelingen, wenn wir den Autoverkehr deutlich reduzieren.



www.Naturkindchen.de



- Naturtextilien
- Secondhand Kleidung
- Holzspielzeug
- Stoffpuppen

kontakt@naturkindchen.de

Thema Klimaschutz:

Klimaschutz ist machbar, Herr Nachbar - Klimaschutz ist „in“, Frau Nachbarin!

„Der Klimawandel ist inzwischen nicht nur vielfach wissenschaftlich belegt. Wir sind auch mitten drin. Es geht schon längst nicht mehr darum, den Klimawandel aufzuhalten. Es gilt, ihn so abzumildern, das die Menschheit ihn bewältigen kann,“ sagt Franziska Eichstädt-Bohlig, grüne Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus. „Klimaschutz in Berlin“, so hat die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Broschüre überschieden, die sie aktuell zu diesem Thema aufgelegt hat. In vielen interessanten Beiträgen der Fraktionsmitglieder werden die unterschiedlichsten Kernthemen zum Klimaschutz beleuchtet. Verkehr, Grünflächen, Energie..., um nur einige zu nennen. Die Broschüre endet mit einem Beitrag „Aktion Stadtvertrag Klimaschutz“, den der Neuköllner Stachel im Folgenden dokumentiert.

Wir Berliner Grünen suchen Partner, Unterstützer und viele Aktive für einen „Berliner Stadtvertrag Klimaschutz“. Wir wollen eine Bürgerbewegung für den Klimaschutz in Berlin initiieren. Dazu werben wir Berlinerinnen und Berliner, die Wirtschaft und natürlich Politik und Verwaltung zum aktiven Mittun.

Natürlich ist der Begriff „Stadtvertrag“ symbolisch gemeint. Es geht darum, dass möglichst viele BerlinerInnen sich gegenseitig versprechen, etwas ganz Konkretes - und natürlich möglichst viel - für die Kohlendioxid-Minderung zu tun. Und die Beteiligten sorgen selbst dafür, dass sie ihre Versprechen dann auch einhalten. Der eine verspricht, sein Haus auf Niedrigenergiestandard zu sanieren. Die andere sagt zu, ihr Auto endlich abzuschaffen und auf Bus und Bahn umzusteigen. Und viele werden zu StromsparerInnen und steigen auf Ökostrom um. Firmen versprechen, ihre Werbung auf Solarstrom umzustellen.

Die Immobilienannoncen sagen demnächst die Wahrheit über die Heizkosten der Wohnungen und Büros, die verkauft und vermietet werden sollen. Und in den Stadtteilen finden sich Unternehmen oder Bürgergruppen, die Bäume pflanzen und pflegen, denn viel Grün bindet viel Kohlendioxid.

In allen Bezirken gehen wir auf Suche nach Bezirksbauprojekten, bei denen sich vorbildliche Energiekonzepte

verwirklichen lassen. Wir suchen Schulen, die sich besondere Konzepte der Umweltbildung vornehmen. Und natürlich fordern wir Vattenfall auf, mitzutun und seinen geplanten Kraftwerksbau auf ein geringeres Strom- und Wärmeevolumen abzusenken und auf Gasbasis zu bauen.

So bringen wir Schwung in unsere Stadt und wollen Berlin bald zu einer vorbildlichen Klimaschutzstadt machen. Wenn viele mithelfen, werden Kilowattstunden arbeitslos und wir geben weniger Geld aus für Ölimporte, aber mehr für Klimaschutzinvestitionen hier vor Ort. Das hilft auch der Berliner Wirtschaft und schafft und erhält Arbeitsplätze. Vor allem im

viele Partner einbeziehen. Dazu wollen wir mit IHK, Handwerkskammer, den Verbänden der Immobilien- und Wohnungswirtschaft, der Bauwirtschaft, den Umweltverbänden und den Gewerkschaften Gespräche über ihren möglichen Beitrag zum Stadtvertrag Klimaschutz führen. Für etwa ein halbes Jahr soll nach all diesen KlimaschutzbürgerInnen und KlimaschutzpolitikerInnen gesucht werden. Dann wollen wir eine große Versammlung organisieren, auf der alle kleinen und großen Initiativen und Selbstverpflichtungen in einem großen „Stadtvertrag Klimaschutz“ und in möglichst vielen einzelnen persönlichen „Stadtverträgen“ unterzeichnet, groß insze-



Die grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus ist Partner für den Stadtvertrag Klimaschutz

Bereich der energetischen Gebäudesanierung. Mit diesem „Stadtvertrag Klimaschutz“ wollen wir natürlich auch Senat und Bezirke auffordern, endlich aktiv in die Kohlendioxid-Minderung zu investieren.

Die Initiative sollte parteienübergreifend organisiert werden und möglichst

niert und gefeiert werden. Vielleicht gelingt es ja, den Regierenden Bürgermeister und seine Senatsriege mit ins Boot zu holen, so dass der Senat auch eine Selbstverpflichtung abgibt. Es ist wirklich an der Zeit!

Kontakt: Stadtvertrag@gruene-berlin.de

Ein neuer Platz im Körnerkiez „Rauschendes“ Kiezfest am Emser Platz

Am 8. September 2007 wurde unter großer Beteiligung der Bevölkerung des Körnerkieses und in Anwesenheit zahlreicher Bezirksprominenten wie auch der Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, der neu gestaltete Emser Platz mit einem „rauschenden“ Kiezfest eröffnet.

Gleichzeitig feierte das Albrecht-Dürer-Gymnasium die Einweihung des Schulvorplatzes, der mit den gleichen gestalterischen Elementen ausgestattet wurde.

Christine Gersch und Igor Jerschow gestalteten die Sitzgelegenheiten und die Baumeinfassung mit mediterran-



Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, Baustadtrat Thomas Blesing, Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, und vom QM: Uli Lautenschläger und Dr. Astrid Tag, bei der feierlichen Eröffnung

Foto: Bernd Szczepanski

orientalisch anmutenden Mosaiken in strahlenden Blau- und Grüntönen vor der Schule und in warmem Rot und Gelb auf dem Emser Platz.

Die Vorschläge zur Erweiterung und Ausschmückung des Emser Platzes waren auf Planungssitzungen im Gymnasium entwickelt worden, dessen SchülerInnen bereits im Unterricht intensiven Anteil an der Gestaltung genommen hatten. Auch die AnwohnerInnen kamen bei Planungssitzungen zu Wort und diskutierten lebhaft die vom Büro Hanke & Hanke vorgestellten Pläne.

Emser Platz und Schulvorplatz sind damit zu Schmuckstücken des Körnerkieses geworden und dokumentieren so auch die engagierte Arbeit des örtlichen Quartiersmanagements, das die Arbeiten überwiegend aus Mit-

teln des Programms „Soziale Stadt“ finanzieren konnte. Im kommenden Jahr sollen auch die Einmündung der Kirchhofstraße und die Siegfriedstraße umgestaltet werden. Neben der Sanierung der Straße soll es auch darum gehen, den durchrasenden Verkehr zu „bändigen“.

Bernd Szczepanski



...auch die Schüler sind begeistert.

Foto: Bernd Szczepanski

Grüne Positionen...

Autobahn wird viel teurer

Der Senat hat in seinen Haushaltsberatungen die Behauptung, dass der Landesanteil für den geplanten Autobahneubau der A100 nur 6 Millionen Euro beträgt, als absurdum geführt. Die Gesamtkosten für die drei Kilometer kurze Strecke liegen bei 312 Millionen Euro. Bisher hieß es, der Bund würde die Verwaltungskosten übernehmen. Pustekuchen! Der Bund übernimmt lediglich 3 Prozent von insgesamt 18 Prozent. Das heißt, Berlin zahlt eine Zeche von ca. 45 Millionen Euro. Plus Planungskosten und Grundstückswerten sind das mehr als 50 Millionen Euro.

Dazu erklärt Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus: „Es ist unglaublich, dass der Senat bereit ist, diese Summe für ein Projekt zu investieren, das den Verkehr unmittelbar in die Umweltzone führt und zu einer erheblich stärkeren Verkehrsbelastung in den Bezirken Treptow und Friedrichshain führen wird. Klimaschutz in der Verkehrspolitik ist bei Rot-Rot ein Fremdwort. Wir fordern den Senat auf, sich von diesem klimaschädlichen Verkehrsprojekt zu verabschieden und endlich in klimafreundliche effiziente Trassenverlängerung der Straßenbahn, beispielsweise ins Märkische Viertel oder nach Moabit, zu investieren.“



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:
Vorstandssprecher:
Jochen Biedermann,
Tel: 0163 2891707
Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,
Postfach 440629, 12006 Berlin
Internet:
http://www.gruene-neukoelln.de
Mail: vorstand@gruene-neukoelln.de
Bezirksgruppe
Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr, in der grünen Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Str. 9 (nächsten Termin bitte telefonisch erfragen).

Kontakttelefone
Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule:
Susanna Kahlefeld, 687 82 12
Stadtentwicklung, Grünflächen:
Jürgen Biele, 663 56 40
Frauen:
Carola Scheibe-Köster, 68 09 27 73
Gesundheit, Umweltschutz:
Gabriela Gebhardt 603 77 54
Homepage der Bezirksgruppe:
Jochen Biedermann, 0163 2891707
Soziales und Verkehr:
Bernd Szczepanski, 625 72 54
Wirtschaft:
Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.:

Jürgen Biele (jübb),
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:
Gabriela Vonnekold, Susanna Kahlefeld, Jochen Biedermann, Hanna Schumacher, Manfred Herrmann, Peter Koller, Bernd Szczepanski, Bertil Wewer.
Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin

Anzeigenleitung:
Gabriela Gebhardt, 603 7754,
Mail: gabi.gebhardt@snauf.de

Druck: Henke Pressdruck GmbH

Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

Umgang mit Alkohol bei Kindern und Jugendlichen

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Jutta Finger (SPD), wollte in einer Mündlichen Anfrage von der Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold (Grüne) wissen, welche konkreten Maßnahmen in den Jugendeinrichtungen des Bezirks ergriffen werden, um Kindern und Jugendlichen den „verantwortungsvollen Umgang“ mit Alkohol näher zu bringen... Die Stadträtin wies auf intensive Beratungen und andere geeignete Aktivitäten hin, um dem Alkohol- und sonstigen Drogen- und Missbrauch entgegen zu wirken. Angebote zur Freizeitgestaltung, Förderung von Kreativität, Sport und Bildung, sollen gezielt zur Auseinandersetzung mit diesem Thema anregen. Dabei muss grundsätzlich eine Politik des Verbotes vermieden und vielmehr „gutes“ Verhalten positiv verstärkt werden, so Vonnekold. Die Mitarbeiter der Jugendverwaltung, so die Stadträtin weiter, würden intensiv und regelmäßig in Weiterbildungsveranstaltungen zur Problematik Jugend und Alkohol geschult.

Wachschutz für Schulen

Breiten Raum nahm in der letzten BVV die Debatte über zwei Große Anfragen von CDU und FDP ein. Sie beschäftigten sich mit der vorerst „fehlgeschlagenen“ Aktion Wachschutz für

Neuköllner Schulen (der Neuköllner Stachel berichtete). Bekanntlich war nach einer Ausschreibung mit der Firma Dussmann ein Vertrag über die Bereitstellung von Wachschutzleuten geschlossen worden. Dussmann hatte diesen Vertrag jedoch, kaum dass die Tinte trocken war, wieder gekündigt. Begründung: Das Projekt stößt im Senat und bei den politischen Parteien im Abgeordnetenhaus auf Ablehnung. CDU und FDP warfen dem Bezirksamt nun vor, die Ausschreibung nicht sorgfältig genug vorbereitet und damit die Absage Dussmanns mit verursacht zu haben, was zu einem erheblichen Imageschaden für den Bezirk geführt habe. Dem widersprach der für Bildung, Schule und Kultur zuständige Stadtrat Wolfgang Schimmang (SPD) vehement. Er überreichte „zum Beweis“ dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion die 40 Seiten der Ausschreibung. Auch den Vorwurf, sich nicht genügend um Akzeptanz beim Senat bemüht zu haben, wies Schimmang zurück. Schulsenator Zöllner (SPD) habe ihm mitgeteilt, er lehne zwar flächendeckenden Wachschutz für Schulen ab, zu Einzelfällen würde er ja sagen, dies möge Schimmang bedenken. Jedoch Innensenator Körting (SPD) machte aus seiner ablehnenden Haltung kein Geheimnis: Er rate Bezirksbürgermeister Buschkowsky (SPD) ab, diesen Irrweg zu gehen und paramilitärisches Personal an Schulen

zu postieren. Vergessen hatte Körting, dass dieses Personal auch viele seiner Gebäude schützt. Inzwischen ist ein neuer „Wachschützer“ für dreizehn Neuköllner Schulen gefunden und beauftragt worden. Aber selbst Buschkowsky räumte in der BVV ein: „Es gibt keine Garantie für den Erfolg.“ Und Erfolg heißt hier: Ende der Gewalt an einigen Neuköllner Schulen durch „schulfremde Eindringlinge“.

Gutachten zu Alt-Rudow

Die SPD wollte in einer Großen Anfrage Informationen erhalten zum „Rechtsgutachten bezüglich der Anwendung des Straßenausbaubeitragsgesetzes“ (StrABG) für den Ausbau Alt-Rudow. Ausführlich referierte Baustadtrat Blesing zu diesem Gutachten, das eindeutig Ja sagte zur Anwendung des StrABG für diese Baumaßnahme. Der Gutachter Reiner Geulen, seit jeher Anwalt „für die Bürger gegen die Verwaltung“, stellte auch zweifelsfrei fest, dass die Zusage der früheren Baustadträtin Stefanie Vogelsang (CDU), der Straßenausbau werde aus dem Bezirkshaushalt finanziert, keine rechtsverbindliche Zusage an die Rudower Bürger darstelle und somit rechtlich unbeachtlich sei. Der CDU verschlug es die Sprache, nur der Bezirksverordnete Lepp bekundete eher kleinlaut, man habe keine andere Aussage von diesem Gutachten erwartet, was wohl gegen den Gutachter gerichtet war. Der SPD-Verordnete Peter Scharmberg warf daraufhin der CDU „stümperhaftes Versagen“ vor. Dem ist nichts hinzu zu fügen. *jüb*



Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort:

„Campus Rütli“ - eine neue Chance für Kinder und Jugendliche in Neukölln

von Gabriele Vonnekold



Der November begann mit einer Open Space Veranstaltung, auf der die Klassen-sprecher und Klassen-sprecherinnen der drei Schulen: Heinrich-Heine-Realschule, Rütli-Hauptschule und Franz-Schubert-Grundschule, gemeinsam Ideen für ihre künftige Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli entwickelten. Damit erfolgte der Startschuss für das Campusprojekt auch für die direkt Betroffenen.

Was ist der Campus Rütli?

Zunächst das Areal rund um die Rütlistraße. Dort gibt es heute neben einer Haupt- und einer Realschule eine Kita mit einer Beratungsstelle des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, eine Jugendfreizeiteinrichtung, einen Sport- und einen Spielplatz. In unmittelbarer Umgebung befinden sich eine weitere Kita und eine Grundschule. Daneben gibt es heute noch gewerblich genutzte Flächen, die langfristig nutzbar gemacht werden können.

Was kann der Campus Rütli einmal sein?

Eine Förder- und Bildungslandschaft für die Kinder und Jugendlichen aus dem Gebiet Reuterplatz und ihre Familien. Hier soll, beginnend mit der Schwangerschaftsberatung, über die Untersuchungen und Förderangebote des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, die Kitas, die künftige Gemeinschaftsschule bis zu Lehrwerkstätten, dafür gesorgt werden, dass

jedes Kind optimal gefördert werden kann. Damit kein Kind verloren geht, werden auf dem Gelände auch der Sozialpädagogische Dienst mit Angeboten der Elternbildung und Erziehungshilfen und der „Quadratkilometer Bildung“ der Freudenbergstiftung mit seinem Konzept, an den Schnittstellen Kita-Schule-Beruf zu helfen, aktiv sein. Die Kinder und Jugendlichen werden Freizeitangebote im künstlerischen und sportlichen Bereich vorfinden und Möglichkeiten haben, aktiv ihre Umgebung und das Zusammenleben auf dem Campus zu gestalten.

Warum brauchen wir den Campus Rütli?

Internationale Studien beweisen, dass der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen in Deutschland maßgeblich vom sozialen Status der Eltern abhängt. Damit gehen viele Kinder auf ihrem Bildungsweg chancenlos verloren. Das kann und darf sich unser Land nicht leisten, denn wir brauchen jeden klugen Kopf. Deshalb ist es wichtig, gerade in einem sozialen Brennpunktgebiet die Kinder auf ihrem Weg besser zu begleiten und immer da, wo sich Probleme zeigen, rechtzeitig Hilfen bereit zu stellen. Wo die Eltern ihre Kinder nicht genug fördern können, da muss die Gesellschaft ihre Verantwortung übernehmen und für Chancengleichheit sorgen.

Wie kann der Campus Rütli entstehen?

Keimzelle wird das Gemeinschaftsschulprojekt der drei oben genannten Schulen sein und die enge Kooperation aller Beteiligten in Schule, Kitas, Jugendeinrichtungen und Beratungsdiensten, des Quartiersmanagements, der im Gebiet aktiven Stiftungen und Gruppen. Darüber hinaus bedarf es weiterer Helfer, um das Projekt wachsen zu lassen. Einige sind bereits an Bord mit der Schirmherrin Christina Rau und der Stiftung Zukunft Berlin mit Volker Hassemer und nicht zuletzt der Freudenbergstiftung, die bereits länger in Neukölln sehr aktiv ist. Mit ihrer Unterstützung soll es gelingen, auf dem Areal neben der erweiterten Schule (Fachräume, Mensa/Cafeteria, Neubau für die Grundschule auf dem Gelände) zusätzliche Lehrwerkstätten für praktische und künstlerische Ausbildung, hoffentlich in Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen, zu errichten. Daneben werden die Sport- und Freizeiteinrichtungen zu verbessern sein, um den Kindern und Jugendlichen eine ganzheitliche und vielseitige Entwicklung zu ermöglichen. Ein Beratungshaus, das die Familien stärkt und schnelle, gezielte Hilfen anbieten kann, rundet das Angebot ab.

Spätes Gedenken

Wann kommt endlich die Gedenktafel?

Am 3.11.2004 hatte die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm eine Gedenktafel aufzustellen, die an die von deutschen Kolonialtruppen ermordeten Herero und Nama erinnert. Zur Erinnerung: Es gibt dort bereits einen Gedenkstein, der an die mordenden Truppen erinnert, die Opfer bleiben aber bislang unerwähnt.

Mittlerweile sind drei Jahre vergangen. Was ist unterdessen passiert? Zunächst begannen „umfangreiche Recherchen und ausführliche Schriftwechsel“ – so Baustadtrat Thomas Blesing – in seiner Antwort auf eine Mündliche Anfrage auf der Bezirksverordnetenversammlung am 31.10.07. Diese waren notwendig, denn Neukölln kann zwar auf einem Friedhof, der auf Bezirksgebiet liegt, eine Gedenktafel errichten, diese muss jedoch mit den zuständigen Stellen auf Bundes- und Landesebene abgestimmt und so formuliert werden, dass sie nicht zu Entschädigungszahlungen an das heutige Namibia führen könnte. Das heißt konkret, dass der Begriff „Völkermord“ zu vermeiden ist. Das Ergebnis: „Hundert Jahre nach der blutigen Niederschlagung anticolonialer Aufstände durch die deutsche Kolonialtruppe in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika gedenken wir der ungezählten, vermutlich mehr als 60.000 Opfer – Bezirksverordnetenversammlung und Bezirksamt Neukölln“.

Nun liegt im Natur- und Grünflächenamt seit dem vergangenen Sommer

eine vom Bildhauer Reinhard Jacob angefertigte Gedenktafel mit dieser Aufschrift, die aber bisher noch nicht aufgestellt wurde. Und aus dieser Verzögerung ergibt sich ganz unerwartet ein neues Problem: Auf der Tafel befindet sich nämlich außer dem zitierten Text auch das Datum ihrer geplanten Aufstellung „Berlin 2006“. Da es im Jahr 2006 nicht zur Aufstellung der Tafel gekommen ist, muss nun erst diese falsche Gravur entfernt werden. Auch das wird dauern.

Das Bezirksamt plant derzeit die feierliche Enthüllung der Tafel für das erste Halbjahr 2008, nachdem sich das zuständige Fachreferat der Senatskanzlei im Frühsommer 2007 endlich zur Gestaltung der Feierlichkeit geäußert hat. Damit kann die Planung mit den beteiligten Verbänden und Vereinen beginnen. In der Stellungnahme der Senatskanzlei wird festgelegt, dass Neukölln allein die Verantwortung für die Gedenksteinenthüllung übernehmen sollte und es keinerlei Beteiligung des Landes Berlin bzw. des Regierenden Bürgermeisters geben wird.

Wie immer man diese Absage deuten muss: Neukölln ist der Bezirk mit dem größten Bevölkerungsanteil von Menschen aus afrikanischen Ländern, und wir haben mit der Werkstatt der Kulturen eines der Zentren der Berliner afrikanischen Kulturaktivitäten im Bezirk: Wir nehmen unsere Verantwortung für eine würdevolle Aufstellung des Gedenksteins sehr ernst und hoffen, dass das nun auch bald geschieht.

Susanna Kahlefeld

Sri Ganesha in der Hasenheide

Erster Spatenstich für Hindu-Tempel



So wird er aussehen der Tempel, der für 6.000 Hindu in Berlin bald zum Gebet rufen wird.

Nach längeren Vorbereitungen – bereits vor einigen Monaten wurde der Grundstein gelegt – wurden nun in der Hasenheide mit dem „ersten Spatenstich“ die Bauarbeiten auch tatsächlich begonnen. Doch vorher wurden die Götter, insbesondere der Gott Sri Ganesha, ein elefantenköpfiges Wesen, um den Segen für das Bauwerk gebeten. Dazu klangen mehr als eine Stunde lang Gebete der Priester durch die Hasenheide und zogen viele Gläubige und auch Schaulustige in ihren Bann. Um ein Feuer herum wurden Bananen, Kokosnüsse, Reis, Linsen und Gewürze zum Opfer bereit gelegt, geheimnisvolle Mischungen wurden



verbrannt, und bald durchzogen exotische Düfte die Hasenheide... Das Projekt „Hindu-Tempel ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, mit dem Ziel, im Herzen Berlins ei-

nen hinduistischen Tempel zu errichten“, wie es in einem Begleittext des Vereins heißt. Das Vorhaben hatte von Anfang an wohlwollende Unterstützer im Bezirk Neukölln. Dazu Heinz Buschkowsky, sozialdemokratischer Bezirksbürgermeister: „Der Tempel soll nicht nur ein Ort für die Religionsausübung sein, sondern ist ganz bewusst als interkulturelle Begegnungsstätte konzipiert.“



Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky und Karin Korte beim ersten Spatenstich

Auf einem 4.600 Quadratmeter großen Grundstück, das der Bezirk Neukölln im Wege der Erbpacht zur Verfügung gestellt hat, entsteht hier Europas zweitgrößter Hindu-Tempel. Wahrzeichen wird ein 17 Meter hoher, reich geschmückter Turm am Eingang des Tempels sein. Die auf dem Grundstück stehende älteste Turnhalle der Stadt soll saniert werden und Gläubigen wie Besuchern als Stätte interkultureller Begegnungen dienen.

Und ist damit: Auch eine schöne Seite Neuköllns. *jüb*



Volksbegehrer, zu früh gefreut

Schließungsbefürworter halten gegen, auch im Internet

Eines muss man den Initiatoren des Volksbegehrens zum Flughafen Tempelhof lassen: sie haben in den ersten vier Wochen ihren Plan übererfüllt. rund 52.000 Berliner haben in den Bürgerämtern unterschrieben, weit mehr als die jeweils 10.000, die im Wochendurchschnitt nötig sind, um bis Mitte Februar 2008 die erforderlichen 170.000 Unterschriften für einen Volksentscheid erreichen zu können.

Ob dieses Tempo über die Weihnachtszeit und ins neue Jahr hinein zu halten ist, ist aber sehr fraglich. Bislang stammen mindestens 84 Prozent der Unterzeichner aus den Westbezirken. Als Motiv überwiegt offensichtlich die Luftbrückenromantik und daneben der Protest besonders gegen den PDS-Teil des Senats, dem „Rache für den Palast der Republik“ unterstellt wird. Das vordergründige Hauptargument der Kampagne, die Hoffnung auf „blühende Landschaften“ durch regen Managerverkehr in Tempelhof, verfiel offenbar nicht bei den Bewohnern der Ostbezirke. Ferner dürfte das nahezu tägliche Trommelfeuer der Springergazetten auch bei ihren anhänglichsten Lesern zu Ermüdungserscheinungen führen. Außerdem dürften mehr Leute erkennen, dass die Volksbegehrer in einer Zwickmühle stecken: Ein Verkehrsflughafen macht nur Sinn, wenn er die Gewinnschwelle von 1,5 Millionen Passagieren bzw. 67.000 Flugbewegungen dauerhaft überschreitet. Das würde aber eine Verdoppelung des heutigen Flugverkehrs bedeuten und damit die Belastung für die Anwohner

extrem erhöhen. Wer heute die Lärmprobleme leugnet, dürfte dann anders reden. Daneben würde der neue Flughafen BBI rechtlich gefährdet und wirtschaftlich durch eine Konzentration der Regionalflüge in Tempelhof geschwächt.

Die „softe“ Variante eines Sonderflughafens nur für Geschäftsfieger im Bedarfsverkehr, d.h. ohne Linienverkehr, würde zwar die Anwohnerbelastung klar reduzieren und rechtlich weniger riskant erscheinen, aber stattdessen völlig unrentabel sein. Die Haupteinnahmequellen Tempelhofs sind seine Linienverkehre und nicht die sogenannte „Allgemeine Luftfahrt“: In den letzten vier Jahren lag das Verhältnis in den Fluggastzahlen bei 94 zu 6 Prozent.

Zwei Hauptunterstützer des Volksbegehrens, die Berliner CDU und die Industrie- und Handelskammer (IHK) vertreten in bekannter Subventionsmanner letzteres Konzept in Gestalt eines Mehdorn-Prestige-Airports.

Entsprechend ist auch die Interessengemeinschaft City Airport Tempelhof (ICAT) gespalten. Während ICAT-Gründer Bernhard Liscutin

- Ex-Sabena-Vertriebsleiter - die Maximalvariante des „Weiter so“ als Verkehrsflughafen vertritt, spricht ICAT-Vorsitzender Andreas Peter, Chef der Charterfirma „Bizair“, vom reinen Geschäftsflugverkehr.

Argumente im Internet

In einem neuen Internetauftritt der Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof – www.bift.de – kommt eine Reihe von Unterstützern mit Meinungen und Argumenten zu Wort, die im wahrsten Sinne des Wortes gegenhalten, gegen den Weiterbetrieb von Tempelhof. So äußert sich Renate Künast, grüne Fraktionsvorsitzende im Bundestag: Der Flugbetrieb in Tempelhof ist nicht länger zu verantworten, denn er stellt für viele Anwohnerinnen und Anwohner eine unerträgliche Belastung dar. Lärm, Schmutz und die Unfallgefahr sind nicht zu vertreten, denn es gibt mit dem Flughafen in Schönefeld eine gute Alternative. Auch ein Fachmann kommt zu Wort: Ein Berufspilot, der den Flughafen von Starts und Landungen kennt. Erling von der Hövel bekennt: „Es mag verwundern, dass sich auch ein Berufspilot der Verkehrsfliegerei für die Schließung des Flughafens Tempelhof (THF) ausspricht... Für uns Piloten ist auch der Sicherheitsaspekt wichtig: Bei einem Notfall, z. B. bei Ausfall der Triebwerke oder beim Überrollen der Bahn bei Start oder Landung, ist die „Pufferzone“ um den



Lärm und Sicherheitsrisiken gehören bald der Vergangenheit an

Foto: Gabi Kantel

Flughafen Tempelhof viel geringer als in Schönefeld. Ich selbst habe beide Airports schon einige Male angefliegen. Generell gehören Flughäfen für mich nicht mitten in eine Stadt. Außerdem möchte ich, dass der lange Zeit umstrittene Flughafen Schönefeld als BBI ein Erfolg wird.“

Und Karin Waterhouse, die als „Kind der Blockade“ ganz persönliche Erinnerungen an den Flughafen hat, meint: „Die traditionsreiche Vergangenheit des vormals einzigen Stadtflughafens sollte weiterhin für alle an Geschichte interessierten Menschen in angemessener Erinnerung bleiben, und zwar anhand luftfahrthistorischer Ausstellungen in den denkmalgeschützten Flughafengebäuden. Dazu brauchen wir keine Fortführung des Flugbetriebs. Dieser ist aufgrund der hohen Umweltbelastungen und Unfallrisiken über dichtbesiedelten Wohngebieten nicht mehr zeitgemäß. Zudem liegt der Flughafen in einer deklarierten Umweltzone.“

Und man will es kaum glauben, auch der Vorsitzende des Verkehrsauss-

chusses im Brandenburger Landtag, Wilfried Schrey, CDU(!), will den Flughafen Tempelhof schließen: „Die Schließung von Tempelhof entspricht dem seit fast 10 Jahren gültigen Planungsrecht für die Region Berlin-Brandenburg. Bei einer Offenhaltung von Tempelhof über 2011 hinaus muss der gemeinsam mit Berlin erlassene „Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung“ geändert werden. Mit dem Planfeststellungsbeschluss soll eine verbesserte Gesamtbilanz der Umweltbelastung erreicht werden. Insbesondere geht es um die Entlastung der Innenstadtbereiche, dazu zählen für mich vor allen Dingen Lärm und Abgase. Außerdem wird eine Verringerung des Sicherheitsrisikos durch einen Flugzeugabsturz über diesen dicht besiedelten Gebieten erzielt. Ich möchte an dieser Stelle an den tragischen Unfall eines Verkehrsflugzeuges im Mai 2001 erinnern.“

Manfred Herrmann

(Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof)

Auch woanders...



... liebt man die Straßenbahn!

... wie auf der Kanaren-Insel Teneriffa. Hier ist die neue Straßenbahn (Bild) ein „Erfolg auf ganzer Linie“. Dabei hatte die Tram – hier heißt sie Tranvia – auf der Insel eine ähnliche Geschichte wie in Berlin.

So fuhr in Santa Cruz de Tenerife, der Inselhauptstadt, schon ab 1901 eine Straßenbahn im öffentlichen Personennahverkehr. Und auch hier meinte man, dem Autoverkehr irgendwann das „Hindernis Straßenbahn“ aus dem Weg räumen zu müssen. 1956 wurde – wie zehn Jahre später in Berlin – der Straßenbahnbetrieb eingestellt. Die Einschätzung der Inselregie-

rung: „Das öffentliche Verkehrswesen funktioniert auf den Kanaren bislang nicht“, brachte ein Umdenken. Das Projekt einer Straßenbahn zwischen der Universitätsstadt La Laguna und Santa Cruz wurde geboren.

Im Sommer 2007 fuhr die erste Bahn und befördert seitdem auf einer Strecke von rund 35 Kilometern 40.000 Fahrgäste pro Tag. Inzwischen wird eine zweite Linie geplant.

Ein Berliner in Teneriffa ist begeistert und wünscht sich für seine Stadt und von der Stadt eine ähnliche Begeisterung. Und Senat und BVG? Sie mauern weiterhin. Schade! jüb

Ende der Bahnprivatisierung?

Und sie bewegt sich doch, die gute alte SPD – mit dem Parteitag im vergangenen Oktober wurden einige von grüner Seite lange geforderte Projekte mehrheitlich beschlossen:

Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung, Tempolimit auf Autobahnen. Und das wohl wichtigste: Der geplante Börsengang der Bahn wurde mit derart hohen Hürden versehen, dass eine Privatisierung immer unwahrscheinlicher wird.

Damit sieht es so aus, als sei eine der schlimmsten volkswirtschaftlichen Katastrophen wie auch der verkehrspolitische Supergau in letzter Minute verhindert worden.

Worum geht es? Vier Modelle stehen sich hier unvereinbar gegenüber.

CDU und FDP wollen:

Die Bahn soll an den Kapitalmarkt gebracht werden, Großinvestoren bekommen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Bahn. Um mehr Wettbewerb zu ermöglichen, sollte zunächst das Schienennetz aus dem Konzern herausgelöst und einer neutralen, möglicherweise staatlichen Stelle unterstellt werden. Leider wurde genau dieser Punkt in der großen Koalition den Expansionsplänen der Deutschen Mehdorn AG geopfert. Damit hat die CDU einmal mehr bewiesen, dass Prinzipientreue nicht ihr Ding ist.

Die Regionalnetze sollen den Ländern unterstellt werden, um Einsparungen auf Kosten der Flächenbahn zu verhindern. Immerhin: Wenigstens in diesem Punkt haben die CDU-regierten Länder im Bundesrat Stärke bewiesen. Ob das Ziel: Mehr Verkehr auf die Schiene auf diese Art erreicht werden kann, ist fraglich. Dennoch enthält das Modell der CDU einige Aspekte, über die man nachdenken kann.

Das will die SPD:

Man wünscht sich einen „Global Player“, der als Monopolist agieren kann. Der integrierte Konzern, also inklusive Netz, soll erhalten bleiben, aber Großaktionären der Einfluss erschwert

werden. Diesem Ziel – von der Partei linken ins Spiel gebracht – sollen die stimmrechtslosen Volksaktien dienen. Damit wurde der Plan von Verkehrsminister Tiefensee, der zunächst ebenfalls den Einstieg von Großinvestoren befürwortet hatte, deutlich abgeschwächt. Eine Kapitalprivatisierung in einem zweiten Schritt kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, und somit dürfte das Modell Volksaktie eher als „weiße Salbe“ für die Belange einiger etwas kritischer denkender Menschen in dieser Partei zu verstehen sein. Da aufgrund der integrierten Struktur des Konzerns der Wettbewerb faktisch ausgeschaltet wird, ist das Modell sehr kritisch zu bewerten. Auch die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit dieses Privatisierungsmodells stellt sich. Dar-

über werden möglicherweise noch die Gerichte entscheiden.

Und das wollen die Grünen:

Ob privat oder staatlich, das Netz muss in öffentlicher Hand bleiben. So wie Schulen, Straßenbeleuchtung oder Straßenbau dient das Schienennetz der Grundversorgung der Bevölkerung. Diese darf unter keinen Umständen zu einem Rediteobjekt für private Investoren werden. Ein integrierter Börsengang ist also unter allen Umständen abzulehnen.

Der Wettbewerb soll gestärkt und somit das Angebot verbessert werden.

Das oberste Ziel muss bleiben: Mehr Verkehr auf die Schiene.

Ein privatisierter Staatsmonopolist, dem noch dazu das Schienennetz untersteht, ist wenig förderlich auf diesem Weg.

Auch die Volksaktie der SPD ist ein völlig untaugliches Modell auf dem Weg zur Börsenbahn. Da aber auf diesem Weg das bisherige Katastrophen-



modell zunächst verhindert wird, ist das Ergebnis des Parteitages der SPD zu begrüßen.

Und die Linken?

Vor dem Hintergrund der Privatisierungsdiskussion ist der Streik der Lokführer in einem anderen Licht zu sehen: Als einzige der drei Bahnwerkschaften sind diese klare Befürworter eines Verbleibens des Netzes in öffentlicher Hand. Die Grünen unterstützen sie dabei.

Peter Koller

Bahnagentur Schöneberg

Reisetreff



Wir bringen Sie in
Fahrt

**Bahnfahrkarten europaweit
Beratung und Verkauf gebührenfrei
Suche nach den jeweils besten Preisen und Verbindungen
Bahnspezialist für Frankreich
Reisetreff mit Sitzecke, Reiseliteratur und Landkarten
Tipps für Reisen nach Osteuropa und die GUS
Fahrkartenbestellung per Telefon, Fax oder e-mail**

Crellestraße 7

10827 Berlin

030 76768398

www.bahnagentur-schoeneberg.de

Zur Diskussion:

Grundeinkommen Bedingungslos oder bedarfsorientiert?

Von Hanna Schumacher und Jochen Biedermann

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen diskutiert derzeit über die Zukunft der Sozialsysteme. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz, dem grünen Parteitag, wird Ende November über die Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens oder einer bedarfsgeprüften Grundsicherung beraten.

Das bedingungslose Grundeinkommen gewährt allen BürgerInnen ohne Bedürftigkeitsprüfung oder Arbeitszwang einen bestimmten Betrag, je nach Modell zwischen ca. 400 und 1500 Euro. Die Modelle unterscheiden sich dabei in der Höhe, Zielsetzung und Finanzierung deutlich. Teilweise wollen die Befürworter nur einen zeitlich beschränkten Anspruch, um besondere Lebensphasen, wie eine Kindergrundsicherung, oder um eine Ausbildung oder ein Studium, zu finanzieren. In anderen Modellen wird ein niedriges Grundeinkommen mit weiteren bedarfsgeprüften Leistungen wie z. B. Wohngeld kombiniert. Unumstritten ist in der grünen Diskussion allerdings, dass das Grundeinkommen nicht zu Lasten der sozialen Infrastruktur gehen darf.

Die Idealvorstellung:

Für eine bessere Welt...

Neukölln bringt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens gute Voraussetzungen mit. Die Mieten sind günstig, es gibt viele leerstehende Laden- und Gewerbeflächen und kreative und aktive Menschen mit Zeit, die sich heute mit Engagement und Ideen für ihre Quartiere einsetzen: Stadtteilmütter genauso wie Lesepaten. Mit viel Energie könnten sie ihre Ideen und Projekte weiterentwickeln, wenn sie sich nicht um ihre materielle Absicherung sorgen müssten. Es könnte zu einer Gründungswelle kommen, wenn für die Startphase und den Fall des Scheiterns die Angst vor dem sozialen Abstieg gemildert wäre.

Aber auch für die Kassiererin oder den Wachschützer ergäben sich neue Perspektiven. Sie hätten mehr Möglichkeiten, faire Arbeitsbedingungen auszuhandeln, wenn sie keine Angst haben müssten, dass ihnen das Arbeitslosengeld gestrichen wird. Sie könnten schlecht bezahlte Jobs ohne Sorge ablehnen. Letztlich birgt dies die Hoffnung auf eine gerechtere Verteilung des Reichtums dieses Landes. In einem Bezirk wie Neukölln könnte sich dadurch Vieles verändern.

Wichtig ist auch, dass mit einem Grundeinkommen die verschämte Armut entfallen würde. Die ältere Dame, die im Winter ihre Wohnung nicht heizt,

weil ihre Rente nicht ausreicht, der Familienvater, der trotz 12-Stunden-Schichten als Wachmann nicht genug verdient, um seine Kinder zu versorgen, aber aus Stolz oder Unwissenheit keine Sozialleistungen beantragt. Sie würden automatisch, so wie Verdiener heute automatisch Steuern zahlen, zu Grundeinkommensbeziehern.

Die Abschaffung der Verwaltung der Armut würde Personalkapazitäten für echte Hilfs- und Beratungsangebote frei machen. Diese wären erfolgreicher, weil sie denen Hilfe böten, die sie wirklich wollen. Die Zeit, in der Arbeitslose mit dem Gefühl des Ausgeliefertseins das Jobcenter betreten, wäre vorbei. Zeit und Kraft könnten stattdessen auf die Entwicklung einer neuen Perspektive verwendet werden.

Wenn der Staat sich ganz zurück zieht:

Tiefer in die Krise...

Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung, Wegzug von Familien, wenn die Kinder schulpflichtig werden, Alkoholismus: Neuköllns Probleme könnten sich mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verschärfen. Zu seiner Finanzierung müsste an anderer Stelle gespart werden. Eine Privatisierung z.B. der Neuköllner Schwimmbäder würde zu einer deutlichen Erhöhung der Eintrittspreise führen. Auch die Beiträge für Kita, Musikschule und Sportvereine würden deutlich steigen – trotz Grundeinkommens könnten weniger Kinder diese Einrichtungen besuchen. Dem Kreislauf aus Armut, schlechter Bildung, Arbeitslosigkeit und Armut würde noch weniger entgegen gesetzt als heute. Ohne Mittel für das Quartiersmanagement und lokale Projekte könnten die betroffenen Kieze zusehends verwahrlosen.

Es ist zu befürchten, dass sich der Staat auch mit Verweis auf ehrenamtliches Engagement, das durch das Grundeinkommen ermöglicht werde, aus vielen sozialen Bereichen zurückzieht. Ob Ehrenamtliche diese Lücken aber wirklich schließen könnten und auch

wollten, ist mehr als zweifelhaft. Die Hoffnung, das Grundeinkommen würde Menschen mit niedrigem Einkommen zu einer besseren Verhandlungsgrundlage gegenüber ihren Arbeitgebern verhelfen, wird sich nicht erfüllen. Im Gegenteil könnte das Grundeinkommen ermöglichen, dass Unternehmen auf Staatskosten Dumpinglöhne zahlen. Es würde damit zu einem Kombilohnmodell, das die öffentlichen Finanzen völlig überfordert. Weiterbildungen, der zweite und dritte Arbeitsmarkt und andere Hilfs- und Beratungsangebote könnten entfallen. Viele Erwerbslose würden ohne diese Hilfestellungen den Weg in ein reguläres Arbeitsleben nicht schaffen.

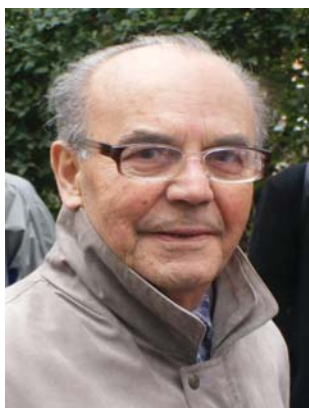
Dazu kommt, dass einigen Menschen, wenn sie durch das Grundeinkommen abgesichert sind, der Antrieb fehlen könnte, sich eine Arbeit zu suchen. Insgesamt würde sich die Zahl derer, die sich nutzlos und ausgeschlossen fühlen, noch weiter vergrößern. Neukölln wird es sicher nicht gelingen, Menschen mittels des Grundeinkommens aus der Passivität zu holen.

Erinnern, nicht vergessen!

Zwangsarbeit in Neukölln

Henryk Maciag ist heute 80 Jahre alt und wohnt in Kattowice. Auf Einladung des Creativ Centrums und aus Mitteln des Quartiersmanagements Körnerpark kam er Ende September als Zeitzeuge nach Neukölln, um über sein Schicksal als Zwangsarbeiter im Lager Siegfriedstraße zu berichten.

Nach den großwahn sinnigen Plänen der Nazis zum Bau der Reichshauptstadt Germania sollte die S-Bahntrasse wesentlich verbreitert werden, wohl auch als Infrastruktur zur Ausbeutung des europäischen Ostens. Die Reichsbahn kaufte die Häuser entlang der Bahnschienen auf, entmietete sie und begann mit dem Abriss. So wurden bereits ein Flügel der Albrecht-Dürer-Oberschule, die ursprünglich ganz verschwinden sollte, sowie die alte Feuerwache in der Siegfriedstraße beseitigt. Noch heute sind in der Saalestraße giebelständige Seitenflügel erkennbar, deren Vorderhäuser damals abgerissen wurden. Nach der Okkupation des Sudetenlandes wurden billige Arbeitskräfte von dort hergebracht und in den entmieteten Wohnungen untergebracht. Später folgten Italiener und Holländer, die in der Schule und entlang der Siegfriedstraße eingepfercht wurden. Insgesamt brachten die Nazis allein in dem Gebiet um die Siegfriedstraße etwa 1.500 bis 2.000 „Fremdarbeiter“ unter. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen wurden in Pinczow, dem kleinen Städtchen in dem Henryk Maciag lebte, zunächst alle Juden zusammen getrieben, um an einen „glücklicheren Ort“ gebracht, sprich: in Vernichtungslager deportiert, zu werden. Dann erstellte die Wehrmacht Listen mit arbeitsfähigen Polen und holte diese ab. Im August 1943 ist Henryk 16 Jahre und 8 Monate alt. Er versteckt sich ein paar Nächte bei einem Freund, bis seine Mutter verhaftet wird. Die Familie wird vor die Wahl gestellt: Mutter oder Sohn. Schweren Herzens entscheidet sich der Vater für den Sohn und so kam Henryk als einer der jüngsten Zwangsarbeiter nach Berlin. Als die ursprünglichen Holzbaracken in Schöneberg nach einem Bombenangriff ausbrannten, kam er in das Lager Siegfriedstraße 20. Hier hauste er zu viert in



Henryk Maciag, 80, Zeitzeuge in Neukölln

Zimmern mit Doppelstockbetten und musste sechs Tage in der Woche acht Stunden am Tag für einen Hungerlohn arbeiten, beispielsweise mit primitivsten Mitteln Bunker betonieren. Immerhin konnte er sich in der Freizeit mit anderen „Ostarbeitern“ treffen, im Körnerpark spazieren gehen oder sogar ein Bier in der Lagerkneipe trinken. Trotzdem es verboten war, erkundeten die jungen Menschen die Großstadt, wobei jede Kontaktaufnahme mit der deutschen Bevölkerung streng verboten war und die polnischen Zwangsarbeiter einen Aufnäher mit einem „P“ tragen mussten. Bei Fliegeralarm mussten auch die Zwangsarbeiter in den Keller. Aber nachdem bei einem Tagesangriff ein Schichtarbeiter den Einsturz eines Hauses in der Siegfriedstraße nur überlebte, weil er in seiner Bettwäsche eingerollt war, entfernte Henryk bei Bomberalarm das „P“ von seiner Jacke und eilte in den U-Bahnhof Hermannstraße, wo es einen Bunker gab. In diesen durfte er als „Fremdarbeiter“ zwar nicht hinein, aber der Bahnhof bot den besseren Schutz. So schützte er unter Lebensgefahr sein Leben. Kurz vor Ende des Krieges wurde Henryk in einen Güterzug gezwängt und mit vie-

len anderen nach Paderborn verschleppt. Hier wurden sie in einem Saal einer Schule einquartiert, dessen Boden mit Stroh ausgestreut war. Sie mussten eine strategisch wichtige Eisenbahntrasse instand setzen, die von den Alliierten immer wieder zerstört wurde.

Henryk hielt die miserable Verpflegung nicht lange aus und flüchtete nach ein paar Tagen mit einem Freund. Nachdem sie den ganzen Tag herum geirrt waren, sprachen sie am Abend einen Feldarbeiter an. Sie hatten Glück, denn es war auch ein polnischer Zwangsarbeiter, der sie zum Bürgermeister brachte. Aus Berlin hatten sie einen Ersatzausweis mitbekommen, wonach sie aus Berlin seien und alle Papiere dort wären. Dadurch konnte ihnen der vermutlich bereits desillusionierte Bürgermeister Arbeit auf umliegenden Bauernhöfen verschaffen. Hier erlebte Henryk auch das Kriegsende mit dem Einmarsch der Amerikaner.

Henryk Maciag kam in ein Sammellager, wo er im September 1945 seine Frau Barbara kennen lernte und heiratete. Nachdem die Eltern wieder gefunden, die Lage im durch die Russen besetzten Polen sondiert und die erforderlichen Genehmigungen besorgt waren, kehrte Henryk im August 1946 nach Polen zurück. Nach dem Militärdienst arbeitete Henryk in einer Firma, die Transportbänder für den Bergbau herstellte, danach war er bis zur Rente Leiter eines Kurhotels für Bergarbeiter an der Ostsee. Vor ein paar Jahren erhielt er eine kleine Entschädigung für seine Zwangsarbeit.

Rückblickend ist er nicht verbittert über die Deutschen und sein Schicksal. Ihm sei es vergleichsweise noch gut ergangen, denn viele seiner Verwandten und Freunde waren bei seiner Rückkehr nach Polen nicht mehr auffindbar oder tot.

Bertil Wewer

Der Bezirk Neukölln bekommt ein Mehrgenerationenhaus

Seit dem 15. Oktober ist es sicher: In der Flughafenstraße 21 wird IMA e.V. ein multikulturelles Mehrgenerationenhaus einrichten. Der Verein für Integrative Migrantenarbeit (IMA) und der neue Besitzer der Immobilie waren sich schnell einig: Von der neuen Einrichtung können die Straße, der Kiez und der ganze Bezirk nur profitieren.

Mit einem Café im Erdgeschoss und Räumen für Gymnastik und Vereinsarbeit soll das neue Mehrgenerationenhaus ein Ort werden, an dem sich Menschen verschiedener Generationen und Kulturen begegnen. Dazu wird es kontinuierliche Angebote für die verschiedenen Altersgruppen geben, wie die Medienpädagogischen Projekte der IMA für Jugendliche, Nachhilfe und Gruppen zur Lernunterstützung, Mütter-Kind-Gruppen, Gymnastik für Senioren etc. Der Schwerpunkt liegt natürlich auf der Entwicklung von Angeboten, die die Generationen gezielt zusammenbringen: Das können Internetkurse von Jungen für Ältere sein oder ein Großeltern-Leih-Dienst. Der Cafébetrieb im unteren Stock wird einen Teil der Jugendarbeit bilden, die oberen Räume des Hauses sollen auch anderen Vereinen für ihre Treffen und ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Kooperationen mit dem Quartiersmanagement in der Flughafenstraße und den Schulen der Umgebung sollen aufgebaut werden. Wir freuen uns über diese neue Einrichtung in Neukölln. Immer mehr Einwanderer haben das Rentenalter

erreicht und bleiben – anders als sie es vor Jahren selbst gedacht hatten – in Berlin. Sie haben oft hier ihre Familie und außerdem ist Berlin in den langen Jahren des Hierseins ihr Lebensmittelpunkt geworden. Diese Menschen mit ihrer reichen Lebenserfahrung anzusprechen und ihnen Angebote für außerfamiliäre Aktivitäten oder Hilfen zu machen, ist eine neue Aufgabe. Andererseits besteht ein enormes Bedürfnis in Neukölln nach einer guten, lernbezogenen Arbeit mit Kindern- und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie nach Hilfen für Eltern bei Erziehung und Bildung. Für ein Konzept, das beides räumlich und inhaltlich verbindet, hat IMA den Zuschlag in einem bundesweiten Wettbewerb des Bundesfamilienministeriums bekommen und damit das Projekt nach Neukölln geholt. Das Haus wird finanziert durch das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser des Bundesfamilienministeriums, die Immobilie musste der Verein aber selbst finden – was nun gelungen ist. Wir wünschen viel Erfolg und freuen uns auf die Einweihung.

Susanna Kahlefeld

Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern _____ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name _____ Straße _____ Wohnort _____

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Postfach 440629, 12006 Berlin

Des Stachels bunte Seite



Unter der Lupe

In eigener Sache:
Der Stachel bleibt grün!

Da wurden neulich an 40 Schulen in Berlin und Brandenburg Schülerzeitungen verteilt. Na bravo, werden viele sagen, ein weiterer Bildungsquelle für unsere Schüler. Und wenn die Publikation auch noch „Stachel“ heißt, weiß oder vermutet man (und Frau) sogar grüne Inhalte...

Denkste: Hier irrte der Mensch! Der Stachel, der hier wider denselben „löcken“ sollte, hatte einen ganz anderen Initiator und Herausgeber: Die NPD! Hatte sich die doch klammheimlich das grüne Label „Stachel“ einzuverleiben versucht und angedroht, nunmehr vierteljährlich mit diesem Titel die Öffentlichkeit zu besudeln... Dank grüner Wachsamkeit wird es dazu jedoch nicht kommen. Der Stachel bleibt, was er seit 20 Jahren ist: Grün!

Der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen hatte der NPD mit einer einstweiligen Verfügung untersagen lassen, den Namen „Stachel“ zu verwenden.

Zwar sei der Name nicht geschützt (warum eigentlich nicht??), aber es gebe dennoch einen Titelschutz. Denn der „Stachel“ sei von notorischer Bekanntheit für und in Verbindung mit den Grünen.

„Dass die NPD mit ihren Rattenfänger-Methoden versucht, vor den Schulen ihre braune Propaganda ... zu verteilen, ist schlimm genug“, kommentierte Irma Franke-Dressler, grüne Vorstandssprecherin, den Gerichtsbeschluss. Aber „dass sie sich darüber hinaus bewusst der Namen von Zeitungen demokratischer Parteien bedient, zeigt die Dreistigkeit dieser Gruppierung.“ Sind wir wirklich von der Dreistigkeit der Neonazi-Partei überrascht? Doch wohl nicht!

Jürgen Biele



Grüne im Kiez

Bündnis 90/Die Grünen eröffnen Geschäftsstelle

Die Neuköllner Grünen sind endlich im Kiez angekommen. Nachdem sie bisher nur in ihrem Fraktionsbüro im Rathaus für jedermann und -frau erreichbar waren, und das streng genommen nur in ihrer Eigenschaft als Bezirksverordnete, hat die Partei Bündnis 90/Die Grünen nunmehr ganz offiziell in der Berthelsdorfer Straße 9, mitten im

Neuköllner Kiez „Quartier“ bezogen. Grund genug für eine fröhliche Eröffnungsparty, die am 7. September im neuen Laden stattfand. Gefeierte wurde mit Weggefährten ihrer seit nun 25 Jahren währenden politischen Arbeit im Bezirk Neukölln. Vertreter von Bürgerinitiativen, alternativen Projekten, Vertreter von Quartiersmanagements, Vertreter



Neu in Neukölln

Noch bis Januar 2008 findet im **Gelegenheiten** (Weserstr. 50) immer dienstags das Filmfestival „Nachbarschaft nah & fern. Auf Erkundungstour durch Europa.“ statt. Gezeigt werden sehenswerte Filme aus allen EU-Ländern im Original mit Untertiteln. Los geht es immer um 21 Uhr, mehr Informationen unter gelegenheiten-berlin@gmx.de. Zum unkommerziellen und selbstorganisiertem Kino **UKK** haben sich jetzt Projekte in der Weserstr. 191, der Friedelstr. 54 und der Hermannstraße 48 zusammengefunden. Infos unter www.ukk-berlin.de.

Einen **Programmflyer** für Kunst und Kultur gibt es jetzt auch im **Richardkiez**, herausgegeben von der Kunstfiliale Richardplatz Süd, online unter www.kiezkulturgut.de.

Damals war's ...



... vor 25 Jahren:

Im Dezember 1982 war im **Neuköllner Stachel**, Zeitung der Alternativen Liste, zu lesen:

Wohnungsbau im Rollbergviertel

Nicht immer, wenn im Wohnungsbau etwas in Bewegung gerät, ist es zum Wohle der Betroffenen. Geraten z.B. Gesetze in Bewegung, so bedeutet ihre Änderung nicht selten eine Verschlechterung für die Mieter.

Andere Bewegungen im Bereich des Wohnungsbaus treffen die Mieter noch direkter. Im Sanierungsgebiet „Rollberg“ wurde eine rücksichtslose Kahlschlagsanierung betrieben, die heute schon von fast allen Leuten als negatives Beispiel angeführt wird. Die alten Wohnhäuser wurden durch Neubauten ersetzt, die allein von ihrer Architektur her einen Fremdkörper im Stadtbild Neuköllns bilden, einem Gebiet, das von seiner Struktur her ansonsten als noch „gesund“ zu bezeichnen ist.

Dies alles hat jedoch nicht den unmittelbaren Ärger von Mietern im Rollbergviertel ausgelöst. Anlaß hierfür sind bauliche Mängel in den Wohnungen, die zeitweise die Benutzung der Wohnungen unmöglich machten. In drei Wohnungen und im Treppenhaus der Kopfstr.16, 6.Stock, löste sich bereits zweimal innerhalb von zwei Jahren der Putz von den Decken und fiel in die Wohnräume hinab. Vor zwei Jahren wurden daraufhin noch alle Wohnungen untersucht. In diesem Jahr beschränkt sich die Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ darauf, Termine für die Besichtigung von Wohnungen zu vereinbaren, zu denen von Seiten „Stadt und Land“ jedoch niemand erschien. Eine derartige Handlungsweise von „Stadt und Land“, sich um Probleme nicht oder nur unzureichend zu kümmern, wird an diesem Beispiel besonders deutlich. Eine Politik des „es gibt viel zu tun - warten wir's ab!“, ... bis Euch die Decke auf den Kopf fällt...



Hausherr und Vorstandssprecher Jochen Biedermann begrüßt die Gäste



Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky und die Spitzen von Grün und Links



Kulturprogramm mit der Gruppe Talabao



Diskussion um die Bürgerstiftung?



Angeregte Gespräche drehen sich bestimmt um den Neuköllner Kiez



Der Chor der grünen Abgeordnetenhausfraktion gibt Neukölln die Ehre



Grüne Basis über Neuköllns schöne Seiten. Wie schön sind sie wirklich?



Überparteilicher Erfahrungsaustausch...



Grüne Jugendstadträtin, Gabriele Vonnegold, in interessanten Gesprächen...

Heimathafen Neukölln

Das besondere Kulturprogramm

Neuzugezogene würden es als eine „finstere Ecke“ bezeichnen: die Braunschweiger Straße an der Kreuzung zur Richard- und Zeitzer Straße. An einer Ecke befindet sich eine Kneipe mit bekannt rechtslastigem Publikum, in Schwankweite sind Straßenlaternen und Verteilerkästen mit NPD-Aufklebern und deren nichtabzukratzenden Resten übersät.

Ausgerechnet an dieser Ecke hat der „Heimathafen Neukölln“ sein Lager aufgeschlagen und bietet bis zum Jahresende ein besonderes Kulturprogramm: junges Theater, Lesungen und Klanginstallationen in dem lange leerstehenden kleinen Ladenlokal einer ehemaligen Glaserei. Weit weg von der Aufbruchstimmung des Reuterkiezes beschäftigen sich die Theatermacher mit dem Bezirk - und sind nicht nur zufällig hier gestrandet.



Für *Neuköllnisch by nature* hat sich die Theatermannschaft (die mit einer Ausnahme weiblich ist) viel Zeit genommen, um mit alten und neuen NeuköllnerInnen zu sprechen und daraus mit LaiendarstellerInnen ein Stück zu entwickeln. Vier KandidatInnen kämpften in einer Casting-Show um den Job des Neukölln-Trainers. Sie sprechen in erkennbaren Zitaten des Alltags viel über diesen Bezirk. Das ist gut beobachtet, oft lustig und zuweilen hinter-sinnig. Das kann aber auch ziemlich derbe und eine Spur zu platt sein. Auch das ist Neukölln.

Der Heimathafen ist damit nicht ein-

fach ein Ort der Kultur in Neukölln. Vielmehr gibt er diesem Bezirk und seinen Realitäten einen künstlerischen Ausdruck. „Heimat ist kein Ort, Heimat ist ein Gefühl“ hat Herbert Grönemeyer einst gesungen. Der Heimathafen hat das Zeug dazu, das zu ändern: seinen BesucherInnen den Bezirk ein Stück mehr zur Heimat zu machen. Und das im besten Sinne.

Jochen Biedermann
Programm und Karten unter www.heimathafen-neukoelln.de oder telefonisch 030-36420709.



Vordergründig hintersinnig. Sie will Neukölln-Trainerin werden.

Foto: Jochen Biedermann



Der letzte Punkt

Wo regierte Helmut Kohl?

So fragten Wissenschaftler der freien Universität Berliner Schüler von Gymnasien und Gesamtschulen. Über 80 Prozent antworteten richtig. Aber jeder zehnte westberliner und jeder sechste ostberliner Schüler meinen, dass Kohl in der DDR regierte. Und nur 17 Prozent der Ost- und 26 Prozent der Westschüler glauben, dass die DDR die Mauer gebaut hat... Und der Mond ist aus grünem Käse??